bnr.de
blick nach rechts

26. November 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 24/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Aus für Heß-Gedenken 2

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot von Aufmärschen, die die NS-Herrschaft verherrlichen, für rechtens erklärt. In der Neonazi-Szene wird die Entscheidung heftig kritisiert.

Ehrenplatz in der Walhalla 3

Mit Lobpreisungen huldigte die braune Szene dem verstorbenen Neonazi Jürgen Rieger – unweit des Grabes von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß.

Abrechnung 5

Ex-NPD-Generalsekretär Bräuniger meldet sich wieder zu Wort.

Braune „Erlebniswelt“ 5

Das Phänomen „Autonome Nationalisten“.

GRAUZONE 6

Geschichtliche Fehldeutung 6

Für den Stammautor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Klaus Hornung gab es bei der Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs „viele Väter“.

Brückenfunktion 7

Das „Dienstagsgespräch“ hat in Berlin eine langjährige Tradition – der Veranstalter Hans-Ulrich Pieper gewann dazu fast die gesamte Prominenz der deutschen Rechten.

Sektierergrüppchen 8

Neue konservative Partei will das „Vakuum rechts der Mitte“ beseitigen – Ziel ist die Wahlteilnahme in Berlin und Bremen im Jahr 2011.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Das letzte Gefecht 9

Bei der „Ardennen-Offensive“ vor 65 Jahren machten sich Wehrmacht und SS-Divisionen schwerer Kriegsverbrechen schuldig.

AUSLAND 10

Revanchistischer Kult 10

Bomberpilot des Zweiten Weltkriegs wird für seine „Heldentaten“ verehrt.

REZENSION 10

Flüchtlingsschicksale 10

Die beiden unterschiedlichen Passagiergruppen der „Serpa Pinto“.

MELDUNGEN 11

Aus für Heß-Gedenken

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot von Aufmärschen, die die NS-Herrschaft verherrlichen, für rechtens erklärt. In der Neonazi-Szene wird die Entscheidung heftig kritisiert.

Karl Döhler, Landrat im oberfränkischen Wunsiedel, hörte die Nachricht aus Karlsruhe gern. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum 2005 geänderten Volksverhetzungs-Paragraphen würden „die Veranstaltungen speziell für Rudolf Heß nun endgültig der Vergangenheit angehören“, freute sich der Landrat. Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 17. November den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuchs für verfassungskonform und brachte damit Döhlers Landkreis und dessen Kreisstadt aus der unangenehmen Situation, alljährlich Mitte August über die Bundesrepublik hinaus in die Schlagzeilen zu geraten, weil Neonazis aus ganz Europa sich dort zu Großdemonstrationen mit zuletzt 5000 Teilnehmern treffen wollten.

Die Neonazi-Szene – auch überregional und zumal jener Teil, der auf einen offenen Bezug zum historischen Nationalsozialismus keinesfalls verzichten mag – schäumt derweil angesichts des Karlsruher Urteils. Eine „Farce“ sei das Verfahren gewesen, heißt es etwa auf dem Internetportal „spreelichter“. Die Entscheidung habe festgestanden, „lange bevor das BVerfG sich überhaupt zu einer Einlassung in der Sache hinreißen ließ“. Der Hamburger Neonazi Christian Worch, der sich nach Jürgen Riegers Tod erst recht als der kenntnisreichste „Jurist“ der Neonaziszene geriert, schimpft, Karlsruhe habe mit der Entscheidung „den Ausnahmezustand in der BRD erklärt. Früher nannte man es Standrecht oder Kriegsrecht“.

Ein anderes Sprachbild bemüht NPDler Claus Cremer, Landeschef in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Bundesvorstands. Cremer bezeichnet das Verfassungsgericht als „Karlsruher Wächterrat“. Logisch ist es zwar nicht, wenn für einen wegen antisemitischer Tiraden verurteilten Anhänger des Teheraner Ahmadinedschad-Regimes dessen Wächterrat plötzlich zum Schimpfwort wird. Doch Logik ist in diesen Kreisen auch nicht gefragt. Statt dessen macht Cremer deutlich, wen er unter anderem für das Verbot, das Volk zu verhetzen, verantwortlich macht: die Juden. Der „Karlsruher Wächterrat“, so schrieb er, beuge sich „den Forderungen der herrschenden politischen Klasse und ihrer Unterstützer in Zentralräten“.

Trotz des Urteils, so kündigt Cremer an, würden „viele Menschen jedes Jahr im August einem Mann wie Rudolf Heß gedenken“. In Form der Wunsiedeler „Gedenkmärsche“ wäre das nun definitiv nicht mehr durchzusetzen, damit hat sich Worch abgefunden: „Vom Ergebnis her bleiben Gedenkmärsche für Rudolf Heß oder andere prominente Vertreter des historisch real existent gewesenen Nationalsozialismus verboten.“ Bliebe nur noch das Aktionsrepertoire, dessen sich die Szene seit 2005, als der Wunsiedel-Aufmarsch erstmals auf der neuen Rechtsgrundlage verboten wurde, regelmäßig in den August-Wochen bedient hat. Im Schutz der Dunkelheit geklebte Plakate und gesprühte Parolen, Transparente an viel befahrenen Straßen, angeblich spontane abendliche oder gar nächtliche Kurzdemos gehören dazu.

Abfinden mögen sich Cremer, Worch und andere mit der Karlsruher Entscheidung nicht. „Man kann davon ausgehen, dass diese Entscheidung ausführlich geprüft wird und auch ein Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht ausgeschlossen ist“, schrieb Cremer in seine Pressemitteilung. Und Worch ließ wissen, zurzeit werde „im Kameradenkreis“ erwogen, den Straßburger Gerichtshof anzurufen: „Aus Prinzip einerseits, als letzten Gruß an Jürgen Rieger andererseits, um die postume Niederlage nicht unwidersprochen im Raum stehen zu lassen.“ Auch wenn „Jürgen Rieger als Beschwerdeführer vor dem Verfassungsgericht leider tot ist und mithin keine Klage in Straßburg mehr führen kann“, halte er es für möglich, dass eine Klage in Straßburg eingereicht werden könnte.

Beim „Wunsiedel“-Komitee, das Rieger in der Vergangenheit bei der Organisation der Heß-Märsche unterstützte, scheint man diese Hoffnung aber nicht mehr zu haben. Mit einer Erklärung vom 18. November kündigte das Komitee an, es werde sich auflösen. Passiv bleiben sollen die „Kameraden“ aber nicht. Abgesehen von Versammlungen, die nun nicht mehr legal durchführbar seien, gebe es „auch andere Möglichkeiten, um anlässlich des jährlichen Todestages von Rudolf Heß am 17. August auf den Mordfall aufmerksam zu machen“.

Tomas Sager

Ehrenplatz in der Walhalla

Mit Lobpreisungen huldigte die braune Szene dem verstorbenen Neonazi Jürgen Rieger – unweit des Grabes von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß.

Die Gräben, die Jürgen Rieger in der eigenen politischen Szene zeitlebens umgaben, müssen tief gewesen sein. Zum Trauermarsch am 14. November in Wunsiedel im Fichtelgebirge erschienen rund 800 Anhänger seiner „Bewegung". Der Hamburger Multifunktionär, der Ende Oktober mit 63 Jahren verstarb, war fast 40 Jahre lang aktiv. Er verteidigte über Jahrzehnte hunderte von straffällig gewordenen Kameraden, lud Sippen ins heidnische Milieu, hielt die Alten bei der Stange, sponserte Partei und Initiativen und radikalisierte die Freien Kräfte. Auf der anderen Seite war der umtriebige braune Advokat als Spalter, Radikaler und Machtmensch verschrien. Rücksichtslos und cholerisch sabotierte er Bemühungen gemäßigter Parteistrategen, das radikale Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit durch Weichzeichner zu verwischen. Gerade den NPD-Oberen um Udo Voigt gelang es an dem Samstag nicht, dem verstorbenen Rieger bei allen Bemühungen ein wirklich herzliches Gedenken zu widmen. Glaubwürdiger wirkten Gefährten aus dem Innercircle wie Wolfram Nahrath, Andreas Thierry oder der rechtsextreme Ideologe Pierre Krebs.

Nur schleppend, trotz pünktlicher Ermahnung, fanden sich die Trauergäste vor einer Grundschule des Fichtelgebirgsortes ein. Es wurde sich begrüßt, viel geredet und gelacht. Nur ein paar hundert Meter weiter, hinter hohen Friedhofsmauern liegt das Grab von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Doch der Zugang wurde den Neonazis wie in den Jahren zuvor verweigert. Fränkische Neonazis um Matthias Fischer, Anhänger des „Freies Netzes", errichteten einen Pavillon mit warmen Getränken. Norman Bordin koordinierte gemeinsam mit Manfred Börm den Ordnungsdienst. Die Riege führender NPD-Funktionäre erreichte den Platz, Rieger-Kritiker wie Udo Pastörs, Holger Apfel oder Jürgen Gansel waren nicht darunter. Neben Udo Voigt, Thorsten Heise, Thomas Wulff, Klaus Beier, Karl Richter, Edda Schmidt, Hartmut Krien, Frank Schwerdt, Eckart Bräuniger, Andreas Thierry und der einzigen weiblichen NPD-Landesvorsitzenden Dörthe Armstroff aus Rheinland-Pfalz waren die beiden sächsischen Landtagsabgeordneten Arne Schimmer und Andreas Storr anwesend. Kader aus verschiedenen Bundesländern wie Mario Mathes, Judith Rothe, Kathrin Köhler, Ralf Ollert, Adolf Dammann, Andreas Biere, Willi Wiener, Torben Klebe und Steffen Holthusen waren ebenso erschienen wie der Ex-Bombenbastler und jetzige „Sicherheitsexperte" Peter Naumann, Wolfgang Juchem, Ralph Tegethoff, Michael Regener, Gordon Reinholz, Ivonne Mädel, Hartmut Wostupatsch, Christian Worch, Lorena Riewa oder der braune Barde Frank Rennicke. Die „Ersthelfer" um Aktivistin Nicole Becker aus Hessen sorgten sich um den Gesundheitszustand der Teilnehmer, unter denen auch einige ältere Herrschaften waren. Voigt und Nahrath begrüßten die blonde Lebensgefährtin von Rieger aus Hamburg. Sie ist die Mutter der beiden jüngeren Söhne, gemeinsam hatten sie, nach Angaben von Udo Voigt, das Krankenhaus besucht. Die Heilpraktikerin war bis 2004 „Secretary" in Riegers britischer Firma „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd".

„Ein Ehrenmann durch und durch"

Die geschasste frühere Berliner NPD-Funktionärin Gesine Hennrich war mit Anhängern aus dem Umfeld der Kameradschaft „Spreelichter" gekommen. Ihre ehemaligen Kameradinnen vom „Ring Nationaler Frauen" würdigten sie keines Blickes. Zwei Busse aus Sachsen-Anhalt parkten vor dem Supermarkt, Neonazis aus der Altmark und anderen Regionen entstiegen. Aufgeregt rannte Frank Rennicke herum, fotografierte Pressevertreter. Beamte stellten sich vor Fotografen und Kameraleute. Auch Anhänger des „Arbeitskreises der Russlanddeutschen in der NPD" gedachten Riegers, der sich als einer der ersten für eine Zusammenarbeit stark gemacht hatte. Die „Nationalen Sozialisten Berlin" entrollten ein doppeldeutiges Transparent mit der Aufschrift „Wir gedenken dem Stellvertreter, einem echten Freund", – die Nennung des Namens von Rudolf Heß war laut Auflagenkatalog untersagt.

Der Trauermarsch setzte sich am Nachmittag in Bewegung, vorbei am Friedhof und dem lauten Protest in der Innenstadt von Wunsiedel. Auf dem Weg durch Wohnstraßen war es gespenstig still. Ängstlich und neugierig linsten viele Menschen hinter den Gardinen hervor. Klassische Musik, darunter christliche Choräle, die Rieger als fanatischem Christengegner vielleicht nicht gefallen hätten, dröhnten aus den Lautsprechern des Zuges.

Wieder angekommen vor der Schule, moderierte Naumann Redebeiträge und vorgetragene Heldengedichte. Thomas Wulff, wohl der engste Rieger-Freund, stieg auf die Bühne, konnte aber nicht reden. Er weinte offen. Mit einem Schlag schien die Trauer angekommen. Die Stimmung änderte sich, die vielen Gespräche am Rande verebbten. Udo Voigt als nächster Redner versuchte, sich diesen Moment von Authenzität und natürlicher Trauer zunutze zu machen. Er begrüßte Angehörige von Riegers Zweitfamilie, die der Szene keineswegs ablehnend gegenüber stehen sollen. Ganz ehemaliger Bundeswehrhauptmann lobte der NPD-Chef seinen Stellvertreter als „Ehrenmann, durch und durch", der jüngst einsehen musste, dass die „neue große Rechte unter Einbeziehung der DVU" zur Illusion geworden war. Auch habe er nie von Rieger gehört, „dass wir sofort seine Darlehen zurückzahlen sollten, wenn jetzt nicht sofort umgesetzt würde", was er wolle.

Die „unverwechselbare Sprache des Blutes"

Soldatisch stellte sich Ralph Tegethoff auf. Die Arme auf dem Rücken, die Armeemütze auf dem Kopf brüllte der Neonazi aus Bad Honnef ins Mikrophon: „Wir hatten teilweise gleiche Interessensgebiete … Militärhistorie und Militärtechnik", aber das Ziel, „die Weltanschauung, die uns einte, war immer nur Deutschland, das Deutsche Reich, die Weiterexistenz unseres Volkes und die Art unserer Menschen". Militärfreak Tegethoff setzte nach: „Ich weiß ... dass wir eines Tages die Früchte unseres Einsatzes und unseres Kampfes ernten werden und dann werden Namen von Männern wie Jürgen Rieger immer noch in aller Munde sein im Gedächtnis unseres Volkes. Kein Mensch unserer Art wird aber dann mehr Namen von Landräten oder Bürgermeistern kennen, die sich hier meinen, auf Kosten eines großen Mannes zu profilieren". Danach folgte der Berliner Eckart Bräuniger, der sich bedankt, „im Namen einer ganzen Generation nachgewachsener Nationalisten" auftreten zu können, und sich zackig verneigte.

Mit dem als neurechten Ideologen bezeichneten Pierre Krebs aus Frankreich betrat ein Mann die Bühne, der mit intellektueller Wortwahl und theatralischem Gestus die Anwesenden fast einzuschüchtern schien. Rieger und er scheinen sich lange und gut gekannt zu haben. Gemeinsam gründeten sie 1982 das „Thule-Seminar". Krebs spielte mit Anspielungen, sprach antichristliche, rassistische und russlandfreundliche gemeinsame Punkte an. Für Riegers Einsatz, versprach Krebs, gewähre ihm „jetzt das Ahnenerbe unseres Volkes Einlass in die Walhalla und einen Ehrenplatz inmitten der Bereitschaft unbeugsamer Kämpfer für Identität und Freiheit, für Recht und Wahrheit". Denn der Tod, so Krebs, „tötet nicht, der Tod verschiebt nur". Voll Pathos wandte er sich an den Verstorbenen: „Dein Leben war Botschaft der einzigen Lehre, die einem Volk dazu verhilft, ewig zu werden. Die Lehre des Ethnos, die einen einzigen Universalismus kennt, den Universalismus der universalen Verschiedenheiten". Des Redners Radikalitäten waren gut verpackt. Er sprach langsam, stark akzentuiert vom „titanischen Kampf zwischen Ethnosuizid und Ethnobewusstsein", der aber beweise, „dass 100 bekennende Deutsche, (…) entscheidend viel mehr bewegen als 10 000 Mutlose, die stillschweigend kapitulieren". Für ihn (Krebs) sei Rieger Volkserwecker, Avantgardist und „Ideenzeuger", Verfechter der „unverwechselbaren Sprache des Blutes".

Wolfram Nahrath wird als letzter Führer der „Wiking-Jugend" vorgestellt. Der Berliner Rechtsextremist vertritt den „artverwandten Kreis der Rechtsanwälte", erwähnte, dass er in der Kanzlei von Rieger sein Praktikum absolviert und mit ihm gegen die „Schmähungen unserer Nation und unserer Geschichte" gekämpft habe. Nahrath feierte die „Gemeinschaft der Treuen" und die „kleine Schar der Rechtswahrer", denen Hass, Ablehnung, feindlich gesinnte Menschen, „Gesindel" und sogar „eine ausländische Todesschwadron" entgegengestanden habe.

Nach artigen Lobliedern auf den guten Parteikameraden, radikalen Heiden, belesenen Wissenschaftler, todesmutigen Anwalt Rieger, soll mit „einem Mann des Gesanges" abgeschlossen werden. Zuständig dafür ist Frank Rennicke. Der erinnerte an die schönen gemeinsamen Zeiten im „Heideheim-Objekt" in der Lüneburger Heide, welches eine „korrupte Polit-Mafia gestohlen habe". Lobte die „kameradschaft-menschliche Art" des Verstorbenen, forderte dann die Vorredner zum gemeinsamen Gesang auf die Bühne. Frierend warteten Polizisten auf das Ende des Spuks. Es war kalt in Wunsiedel.

Andrea Röpke

Abrechnung

Ex-NPD-Generalsekretär Bräuniger meldet sich wieder zu Wort.

Anfang des Jahres gehörte Eckart Bräuniger zu jenen Hardlinern in der NPD, die Udo Voigt mit brachialem Einsatz das politische Überleben an der Spitze der Partei retteten. Nachdem er im Mai nur wenige Wochen nach seiner Wahl das Amt des Bundesgeneralsekretärs abgegeben und sich aus dem Vorstand zurückgezogen hatte, war es still um ihn geworden. Jetzt meldet er sich wieder zu Wort – und lässt an Voigt kaum ein gutes Haar.

Da ist zum einen der Fall Liebenow: Bräuniger lastet Voigt an, dass Fritz Liebenow, der wegen einer möglichen Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit Schlagzeilen macht, auf dem Ticket der NPD in die Berliner Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick einziehen konnte: „Das Problem Liebenow ist ausschließlich von ihm hausgemacht.“ Bräuniger fordert in diesem Zusammenhang „Herrn Voigt“ auf, „nach einer Reihe von Pleiten, Pech und Pannen“ sich einzugestehen, dass „nun die Zeit gekommen ist, die persönliche und politische Entscheidungsfähigkeit Personen zu überlassen, die sich zumindest eines eingestehen: persönliche Verantwortung!“ Der Fall Liebenow ist aber nur ein Nebenkriegsschauplatz. Nach Voigts Ankündigung, eine „Strategiekommission“ über eine neue Verpackung der NPD-Politik nachdenken zu lassen, polterte Bräuniger, Voigts „Botschaften“ seien gekennzeichnet durch eine „beschränkte Aussagefähigkeit, allgemeine Verwaschenheit und Vertröstungszeremonie“. Voigt rechnet er inzwischen offenbar zu jenen Personen, die „keinen Plan haben, der über die nächste Gehaltsabrechnung hinausgeht“.

Was konkret dazu geführt hat, dass er mit Voigt brach, will Bräuniger nicht sagen. Immerhin verrät er, was ihm an seiner Arbeit missfallen hat: Eine „konkrete Aufgabenbeschreibung“ habe er vom „Chef“ nie erhalten. Sein Wirken in die Parteiverbände hinein sei durch Voigt und „andere Funktionsträger“ ausgebremst worden. Schließlich sei er aus einer „Vielzahl von Gründen“, darunter gesundheitliche, zurückgetreten. Wäre er im Vorstand geblieben, meint er, hätte alles „in einem katastrophalen Streit geendet“.

Tomas Sager

Braune „Erlebniswelt“

Das Phänomen „Autonome Nationalisten“.

Sie gelten als moderner, aktionistischer und quasi-popkultureller Arm der Neonaziszene: „Autonome Nationalisten“ (AN). Bei ihrem äußerlichen Erscheinungsbild, bei ihren Aktionsformen und in Sachen „Subkultur“ wildern sie bei Linksautonomen, der Antifa und der Punk-, Hardcore- und bisweilen gar der HipHop-Szenen. Zwar gab es in Medien und Büchern schon Beiträge, die sich jenes Phänomens und den zahlreichen Widersprüchen innerhalb der AN annahmen. Doch mit dem dünnen Bändchen „‚Autonome Nationalisten‘ – Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur“ liegt nun eine sowohl kurze, wie auch umfassende Abhandlung über diese modern erscheinenden, von ihrer Überzeugung her jedoch sehr radikalen und militanten Neonazis vor.

Verschiedene Fachautoren – darunter unter anderem neben den Herausgebern Jan Raabe und Tomas Sager – beleuchten dabei Facetten der Szene. Etwa, dass AN-Vertreter teilweise wohlbehütete Kinder aus Familien des gutbürgerlichen Mittelstandes sind, die vorgeben, für einen „Nationalen Sozialismus“ kämpfen zu wollen, obschon sie sich in einer „Erlebniswelt“ zwischen Gewaltbesessenheit und Hedonismus bewegen. Beleuchtet wird überdies, wie die Neonazi-Szene die Musik der Hardcore- und Hatecore-Szene für sich entdeckte und in die AN-„Erlebniswelt“ integrierte. Zugleich aber wird deutlich, dass die Übernahme von Styles und Aktionsformen des politischen Gegners auch „nur“ eine modernisierte Variante der SA-Aktionen in den 1920er Jahren sind.

Das Buch ist gerade lang genug, um das Phänomen AN verstehen zu können. Genau deswegen aber bietet das schmale Bändchen in seiner Kürze allen Interessierten, indes ebenso den gestressten Menschen in Medien, Schulwesen, Jugend- und Sozialarbeit einen fundierten Einstieg ins Thema. Dank einiger Vertiefungen bietet es auch Kennern der Szene noch neue Erkenntnisse.

Jürgen Peters, Christoph Schulze (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“ – Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009, Unrast Verlag, 64 Seiten, 7,80 Euro.

Michael Klarmann

Geschichtliche Fehldeutung

Für den Stammautor der Wochenzeitung „Junge Freiheit" Klaus Hornung gab es bei der Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs „viele Väter".

Wenn alle irgendwie Schuld haben, dann hat eigentlich keiner so richtig Schuld – nach diesem Motto kommentierten viele rechtsextreme Publikationsorgane von „Nation&Europa" bis zur „National-Zeitung" den siebzigsten Jahrestag des Kriegsausbruchs. Die damit verbundene Relativierung bezweckte auch die neue Verteilung der politischen Verantwortung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Im Sinne einer rechtsextrem motivierten Manipulation des Geschichtsbildes sollte die NS-Führung in einem moralisch besseren Licht erscheinen.

Ähnliche Deutungen zur Frage der Schuld am Ausbruch des Krieges fand man aber auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit". Dabei handelte es sich um keine Ausnahmen. Jüngst formulierte einer der Stamm-Kolumnisten erneut ähnliche Aussagen. Klaus Hornung kommentierte unter dem Titel „Die Historie den Historikern überlassen" in der „Jungen Freiheit" (Nr. 46 vom 6. November 2009) die Rede der Bundeskanzlerin bei den polnischen Gedächtnisfeiern zum Kriegsausbruch 1939 unter anderem mit folgenden Worten:

„Merkel folgte hier einem zeitgeschichtlichen Kenntnisstand, der von der internationalen Forschung inzwischen längst ad acta gelegt wurde. Beide Weltkriege hatten 'viele Väter', wie wir, gut belegt, heute wissen. Die deutsche 'Alleinschuld' an den beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts ist eine Fama, die unterdessen nur noch von gewissen deutschen Stimmen vertreten wird, jedoch sonst in der Welt und manch' Siegern von 1918 und 1945 längst abgehakt ist. Letztere haben freilich nichts dagegen, wenn ihnen von Deutschen in vermeintlich moralischer Absicht geschichtspolitische Gründe geliefert werden, um dann die Bundesrepublik zu Akten politischer Unterwürfigkeit zu veranlassen." Weiter heißt es in dem Artikel nach Ausführungen zu Merkels „Ansinnen, mit den Alliierten in Paris den Sieg über Deutschland im Ersten Weltkrieg zu begehen" wörtlich: „Politiker sollten bei ihren Leisten der Bewältigung der Gegenwart und Zukunft bleiben und die Urteile über die Vergangenheit den dafür Zuständigen und Kompetenten, den Historikern, überlassen."

Hornung, der selbst kein Historiker, sondern Politologe ist, referiert hier den Forschungsstand zur Frage der politischen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg schlicht falsch. Kein angesehener Historiker in Deutschland oder in anderen Ländern streitet ernsthaft ab, dass die Hitler-Regierung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Hauptschuld trägt. In diesem Kontext wird übrigens die Formulierung „Alleinschuld" nicht verwendet. Hornung bedient sich in seiner Kolumne einer bekannten Manipulationsmethode, die auch als „Strohmann"-Technik bezeichnet wird: Man verzerrt die inhaltlichen Aussagen des jeweils Kritisierten in einem übertriebenen Sinne, um sie so umso einfacher widerlegen zu können. „Alleinschuld" würde bedeuten, dass eine andere Seite absolut keine eigenen und seien es noch so marginalen Schuldanteile hätte. Mitunter sehen Historiker so auch in der Appeasement-Politik von Frankreich und Großbritannien einen taktischen Fehler, welcher Hitler mit zum kriegerischen Überfall auf Polen im Jahr 1939 motiviert habe.

Ideologisch-politische Absichten

Selbst für den Beginn des Ersten Weltkriegs referiert Hornung den Forschungsstand nur eingeschränkt zutreffend: Hier verteilt die Historikerschaft die politische Verantwortung für den Kriegsausbruch in der Tat etwas gleichmäßiger, allerdings schreibt man auch hier der seinerzeitigen deutschen Regierung ein größeres Maß an Schuld zu. Hornung verwischt aber in pauschaler Weise beide historische Themen und setzt die politische Situation 1914 schlicht mit der von 1939 gleich. Da ihm als ehemaligem Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hohenheim diese Unterschiede bewusst sein müssten, erklärt sich die mehrfache Fehlkommentierung von Forschungsstand und Historie wohl nur durch seine ideologisch-politischen Absichten. Das angeblich falsche Geschichtsbild, so der Autor, diene „politischer Unterwürfigkeit" der Bundesrepublik. Worin diese aktuell konkret besteht, ergibt sich aus seinem Beitrag nicht. Erkennbar dient sein Kommentar auf sachlich unzutreffender Basis aber der politisch motivierten Fehlinterpretation der Zeitgeschichte.

Armin Pfahl-Traughber

Brückenfunktion

Das „Dienstagsgespräch" hat in Berlin eine langjährige Tradition – der Veranstalter Hans-Ulrich Pieper gewann dazu fast die gesamte Prominenz der deutschen Rechten.

Bereits seit Anfang der 1990er Jahre wird in Berlin die Veranstaltungsreihe „Dienstagsgespräch“ durchgeführt. Auf dem Podium saßen schon zahlreiche Vertreter aus dem rechtsextremen sowie dem rechtskonservativen Spektrum. Die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin ist jetzt gegen diese rechtslastige Institution eingeschritten. Der Veranstalter des Berliner „Dienstagsgesprächs“, Hans-Ulrich Pieper, muss sich neue Räumlichkeiten suchen.

In dem vom Bezirk verpachteten „Ratskeller Schmargendorf“ konnten die Veranstaltungen über Jahre weitestgehend ungestört stattfinden. Das Publikum bestand aus dem Milieu, das in dem Lied „Wilmersdorfer Witwen“ aus dem Musical „Linie 1“ sehr treffend beschrieben wird. Neben rechtem Politainment sorgte eine gutbürgerliche Küche für eine angenehme Atmosphäre. Man achtete mit einem entsprechenden Hinweis im Schaukasten an der Tür darauf, unter sich zu bleiben.

Anstoß für SPD und Grüne, sich diesen Zusammenkünften in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf anzunehmen, und dem Wirt ins Gewissen zu reden, war das „Dienstagsgespräch“, das im September dieses Jahres stattfand. Am 1. September hatte Pieper eine „Elefantenrunde“ der extremen Rechten ausgerichtet. Auf dem Podium saßen neben Pieper der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust sowie sein Kontrahent, NPD-Chef Udo Voigt. Der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer soll ebenfalls eingeladen worden sein, erschien aber nicht. Ein NPD-Ordnerdienst sowie der inzwischen verbotene „Frontbann 24“ sollen nach Informationen des NDR den Saal gesichert haben. Der „Ratskeller“ war mit 80 Personen gefüllt. Anwesend waren neben dem üblichen Publikum der Hamburger Neonazi Christian Worch sowie Funktionäre von NPD und DVU.

Udo Voigt und Matthias Faust konnten jeweils die Programmatik ihrer Parteien vorstellen, bevor das Publikum in die Diskussion miteinbezogen wurde. Die Beiträge sollen sich vor allem um eine mögliche Neuauflage des „Deutschland-Paktes“ gedreht haben.

Seit mehr als 15 Jahren organisiert Hans-Ulrich Pieper jetzt das „Dienstagsgespräch“. Pieper versuchte zudem, ähnliche Veranstaltungen in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen aufzuziehen. Bei den „Dienstagsgesprächen“ in Berlin konnte fast die gesamte Prominenz der deutschen Rechten gewonnen werden. Teilgenommen haben über die Jahre neben vielen anderen der Berliner CDU-Hardliner Heinrich Lummer, der im Herbst vergangenen Jahres tödlich verunglückte frühere FPÖ-Chef Jörg Haider, verschiedene Bundeswehr- Generäle a. D., der mittlerweile verstorbene rechtsextreme Publizist und ehemalige Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber oder Alfred Mechtersheimer von der „Deutschland-Bewegung“. Es fanden sich in den 1990er Jahren aber auch honorige Herren aus der Wirtschaft sowie von FDP und CDU ein. Nachdem der regelmäßige Besuch des „Dienstagsgesprächs“ durch Hans-Christoph Bonfert, der Pressesprecher des damaligen CDU-Innensenators Dieter Heckelmann war, im Jahr 1994 für Wirbel sorgte, nahm das Interesse an der Beteiligung dieser Zusammenkünfte ab.

Ständiger Begleiter über die Jahre blieb allerdings die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Viele der Referenten des „Dienstagsgesprächs“ waren Autoren beziehungsweise Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ (JF). Als Redner für das letzte „Dienstagsgespräch“ in den Räumen des „Ratskellers Schmargendorf“ war für den 6. Oktober dieses Jahres beispielsweise der JF-Autor Ivan Denes zum Thema „Naher Osten – Brandherd ohne Ende“ angekündigt. Es erschienen ein knappes Dutzend älterer Herren aus dem Umfeld der NPD sowie der DVU-Anhänger Sascha Kari. Die nächste dort geplante „Veranstaltung mit Prof. Ralph Weber“ musste jetzt entfallen. Der Jura-Professor Weber, CDU-Mitglied, hatte sich im November 2008 im JF-Interview für eine „demokratische Rechtspartei“ ausgesprochen, um der CDU „wieder zu einem seriösen Koalitionspartner von rechts“ zu verhelfen. Weber passt somit in das Profil, das Pieper mit seinen „Dienstagsgesprächen“ als Scharnier zwischen Rechtskonservativen und Rechtsextremen favorisiert.

Fabian Kunow

Sektierergrüppchen

Neue konservative Partei will das „Vakuum rechts der Mitte" beseitigen – Ziel ist die Wahlteilnahme in Berlin und Bremen im Jahr 2011.

Unter der Bezeichnung DEUTSCHE PARTEI für Wahrheit – Freiheit – Recht (Die Konservativen) hat sich vor wenigen Wochen in Berlin ein weiteres rechtssektiererisches Grüppchen konstituiert. Mehrere Funktionsträger entstammen der 1993 wieder belebten und zuletzt inaktiven Deutschen Partei (DP) sowie der aufgelösten Partei Rechtsstaatliche Offensive – Offensive D.

Zum Bundesvorsitzenden der „Konservativen" wurde Dieter Jochim, zugleich Berliner Landeschef gewählt. Der Qualitätsmanager (Eigenangabe) Jochim war einst Berliner Landesvorsitzender der DP und zuvor Landeschef der Partei Rechtsstaatliche 0ffensive – Offensive D. In seiner Rede auf der Gründungsmitgliederversammlung der „Konservativen" am 19. Oktober betonte Jochim, dass in Deutschland ein „zunehmender Linksrutsch", der selbst vor der CDU nicht halt mache, zu beobachten sei. Für seine Partei will Jochim deshalb die „sträflich vernachlässigte bürgerliche Wählerschaft" gewinnen und das „Vakuum rechts der Mitte" beseitigen.

In ihrem Grundsatzprogramm verkünden die „Konservativen", dass die „etablierten Altparteien ... sich unser Land zur Beute gemacht" hätten. „Entschieden" wenden sie sich „gegen alle Versuche ... im Namen der ‚Political Correctness' Themen zu tabuisieren und Denkverbote zu errichten". Kategorisch abgelehnt wird eine „undifferenzierte Gleichmacherei der Geschlechter". Die „Konservativen" wollen zurück „zum bewährten Abstammungsprinzip, wonach Staatsbürger nur sein kann, wer Abkömmling deutscher Staatsangehöriger ist oder sich einbürgern lässt." Gefordert wird von den „Konservativen" eine „zeitlich begrenzte Inhaftierung uneinsichtiger Erst- und Gelegenheitstäter in kargen Einzelzellen".

Neben einem Grundsatzprogramm haben die „Konservativen" elf Parteigrundsätze erarbeitet. Darin heißt es unter anderem, dass „einer multikulturellen Gesellschaft oder gar einer schleichenden Islamisierung Deutschlands Einhalt" geboten werden solle. Das „Recht auf Asyl für politisch, religiös oder rassistisch verfolgte Menschen" soll nach dem Willen der „Konservativen" aus der Verfassung genommen und als „einfaches Gesetz" manifestiert werden.

„Gegen schleichende Islamisierung"

Auf der Homepage der „Konservativen" werden für Interessierte Propagandamaterialien bereit gehalten. Abrufbar sind Aufkleber mit Sprüchen wie „Sei kein Frosch, nicht rote Rübe: ‚Sei ein Mensch mit Heimatliebe'" oder „SPD & Linke. Schluss mit ‚linken' Träumereien", Plakate mit Aufschriften wie „Wieder Moral, Ethik und Anstand in die Politik und Wirtschaft! Die Konservativen", „Islamisierung? Nein Danke!" oder „Für christliche Werte gegen schleichende Islamisierung" und Flugblätter. In einem dieser Flugblätter (Rechtschreibfehler im Original), ist zu lesen: „Wir sind angetreten, um ein schwerwiegendes Problem in der Deutschen Politik zu verändern, dass seit Jahren unter der Decke gehalten, geleugnet, verdrängt oder geschönt worden ist: Das instabile Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit, vorwiegend türkischen Ursprungs."

Jochim zur Seite als stellvertretende Bundesvorsitzende stehen Andreas Corinth, auch stellvertretender Landesvorsitzender Berlin, und Claus Cira, zugleich Landesvorsitzender Bremen. Corinth war zuletzt DP-Ortsvereinsvorsitzender in Berlin-Spandau. Cira amtierte vormals als Beisitzer des Bundes Freier Bürger – Offensive für Deutschland und später als stellvertretender DP-Bundesvorsitzender. Das Amt der Bundesschatzmeisterin hat Rosemarie Wettermann, zugleich Berliner Schatzmeisterin ihrer Partei, inne. Bundesschriftführer wurde Uwe Kozian (Berlin). Kozian ist auch Schriftführer der Konservativen in Berlin und war zuvor Schatzmeister der Partei Rechtsstaatliche Offensive – Offensive D.

Bislang verfügen die „Konservativen" über zwei Landesverbände in Berlin und Bremen. Kontakte pflegen die „Konservativen" zur „Fusionspartei" – einer „demokratisch-patriotischen Partei für Deutschland", und zur „Bürgerlich Sozialen Heimat Bewegung". Ziel der „Konservativen", so Jochim bei der Gründungsmitgliederversammlung, sei die Wahlteilnahme im Jahr 2011 in Berlin und in Bremen.

Anton Maegerle

Das letzte Gefecht

Bei der „Ardennen-Offensive" vor 65 Jahren machten sich Wehrmacht und SS-Divisionen schwerer Kriegsverbrechen schuldig.

Die Fotos gingen um die Welt: 73 Männer sitzen in einem großen Saal. Einheitlich in Baumwolluniformen ohne Rangabzeichen mit nummerierten Schildern auf der Brust starren sie in eine Richtung. Der Unbefangene mag sie für gewöhnliche Angeklagte in einem Mammutprozess halten, da sie alle gleich ausschauen. Tatsächlich waren es Angehörige des Panzerregiments der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler" vor einem US-Militärgericht. Ort des Geschehens: das ehemalige Konzentrationslager Dachau bei München im Sommer 1946. Angeklagt waren die SS-Führer und -Unterführer wegen vielfachen Mordes an gefangenen US-Soldaten.

Zu den Angeklagten gehörte auch SS-Oberstgruppenführer Josef Dietrich, im Volksmund besser bekannt als Sepp Dietrich, ein rücksichtsloser, von keinen Skrupeln geplagter SS-Panzergeneral. Dauer des Verfahrens: einen Monat – vom 16. Mai bis zum 16. Juni im ersten Friedensjahr nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Urteile: 43 Mal Tod durch den Strang, 22 Mal lebenslange Freiheitsstrafen. Die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen 20 und 10 Jahren. Vollstreckt wurde kein Urteil. Am 22. Dezember 1956 war der letzte Verurteilte wieder ein freier Mann. Keiner musste seine Strafe voll verbüßen. Das Strafverfahren hatte weltweit Aufsehen erregt, besonders in den USA. Viele der Opfer waren nämlich US-Soldaten. Sie waren während der „Ardennen-Offensive", die am 16. Dezember 1944 begann, in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und wurden dort kaltblütig erschossen. Die Ermittlungen von US-Behörden begannen unmittelbar nach Kriegsende. Die 73 Männer gerieten in den dringenden Verdacht, zu den Mördern zu gehören.

Das alles liegt 65 Jahre zurück, gehört aber zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Es war für die US-Soldaten nämlich das erste Mal, dass sie in schwere Bodenkämpfe mit der SS verwickelt waren. Bei der Landung in der Normandie im Sommer 1944 hatte es zwar auch schwere Kämpfe mit der Wehrmacht gegeben, es waren aber nur deutsche Rückzugsgefechte gegenüber den alliierten Landungstruppen. Bei der „Ardennen-Schlacht" war alles anders.

Die deutschen Truppen befanden sich an allen Fronten auf dem Rückzug. Deutschlands Verbündete Italien, Finnland, Rumänien und Bulgarien hatten die Seiten gewechselt. Geblieben waren nur Ungarn und Kroatien. Da kam Hitler auf merkwürdige Ideen. Es war davon überzeugt, dass die westlichen Alliierten aus dem Krieg ausscheren würden, wenn ihnen eine schwere Niederlage zugefügt werde. Besonders in den USA sei die Bevölkerung nicht weiter bereit, den Tod vieler Soldaten hinzunehmen. Dort werde eine große Schlacht mit vielen Toten genügen, den endgültigen Rückzug einzuleiten. Dem würden Friedensverhandlungen folgen und dann sei der Weg frei, in Osteuropa den „jüdischen Bolschewismus" zu vertreiben. Propagandaminister Joseph Goebbels, Hitlers Beauftragter für den „totalen Krieg", tat alles, um der deutschen Bevölkerung einzureden, der Sieg stehe unmittelbar bevor. Die Offensive im Westen werde die Wende bringen.

Viele Divisionen von Wehrmacht und SS wurden in aller Heimlichkeit an die Westgrenze südlich von Bonn verlegt. Es waren schließlich etwa 83 000 Soldaten mit 400 Panzern und ebenso vielen Geschützen. Die Alliierten – fast ausschließlich US-Soldaten – verfügten über etwa 200 000 Soldaten, 600 Panzer und 1900 Geschütze. Das deutsche Ziel war das belgische Antwerpen, wo der gesamte US-Nachschub angelandet wurde. Modernste deutsche Panzer sollten an dem schmalsten Frontabschnitt die alliierten Linien durchbrechen und an die belgische Küste vorstoßen. Zu Hitlers Plan gehörte es, schlechtes Wetter zu nutzen, damit USFlugzeuge nicht eingesetzt werden konnten. Ende November hatte es zu schneien begonnen, besonders in den Ardennen und in der Eifel. Während die deutschen Truppen Winterkleidung trugen, mussten die US-Soldaten mit Sommeruniformen vorlieb nehmen.

Nach nur wenigen Wochen war alles zu Ende. Es war die verlustreichste Schlacht für die USA: 17 236 Tote, 16 000 Vermisste und Gefangene. Zu ihnen gehörten die Opfer der Angeklagten von Dachau. Die Massaker von Malmedy und anderen Städten im belgisch-luxemburgischen Grenzgebiet sind nicht vergessen.

Heiner Lichtenstein

AUSLAND

Revanchistischer Kult

Bomberpilot des Zweiten Weltkriegs wird für seine „Heldentaten" verehrt.

Seit 2003 findet auf dem Wiener Zentralfriedhof jährlich eine Kranzniederlegung für den am 8. November 1944 abgestürzten Jagdflieger Walter Nowotny (Jg. 1920) statt. Nowotny, „der als höchst dekorierter österreichischer Soldat der Wehrmacht mutig gegen den alliierten Bombenterror anflog" („National-Zeitung"), fungiert bei Traditionsvereinen, Kameradschaftsverbänden, Burschenschaften, der FPÖ, dem Ring Freiheitlicher Studenten sowie Neonazis als NS-Kultfigur. Für seine „Heldentaten" wurde er im Führerhauptquartier mit den Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Nach seinem Tod gab es für Nowotny, Mitglied von Hitler-Jugend und NSDAP, einen Staatsakt in der Wiener Hofburg.

Die Gedenkfeier anlässlich des 65. Todestages von Nowotny fand in diesem Jahr am 8. November statt. Vor Ort waren unter anderen mehrere FPÖ-Funktionäre, darunter der Wiener FPÖ-Stadtrat Johann Herzog, der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Harald Stefan und die Landratsabgeordnete Henriette Frank. Herzog nahm im Mai 2009 am Anti-Islamisierungskongress der „pro"-Bewegung in Köln und im Dezember 2008 an der Weihnachtsfeier der Wochenzeitung „Zur Zeit" teil. Stefan gehört der Wiener Burschenschaft Olympia als Mitglied an und war Gründungsmitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG), die am äußersten rechten Rand der Korporiertenszene angesiedelt ist. Zugegen war auch der Szene-Rechtsanwalt Herbert Schaller (Jg. 1923). Schaller ist der Meinung, dass die Existenz von Gaskammern „keine Tatsache, sondern nur herrschende Meinung" sei.

Die Gedenkrede am Nowotny-Grab hielt Gerhard Pendl, Vorsitzender des „Vereins zur Pflege des Grabes von Walter Nowotny", einst Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Graz. Nach Wien angereist war – wie auch in den Vorjahren eine Delegation der Kameradschaft Freikorps Oberland, darunter Ritterkreuzträger Max Zastrow. Bis 2004 führte die Bundeswehr bei der Absturzstelle Nowotnys in Epe bei Osnabrück regelmäßig Kranzniederlegungen durch.

Anton Maegerle

REZENSION

Flüchtlingsschicksale

Die beiden unterschiedlichen Passagiergruppen der „Serpa Pinto".

Der Held des Buches ist ein Schiff – und das Fundament, auf dem es aufbaut, bilden zwei Atlantiküberquerungen. Am 5. Mai 1942, wenige Monate vor der Kriegserklärung Brasiliens an das Deutsche Reich, bricht der portugiesische Passagierdampfer „Serpa Pinto" in Rio de Janeiro zu einer Fahrt nach Lissabon auf. An Bord befinden sich außer deutschen, italienischen und rumänischen Diplomaten auch bisher in Brasilien lebende Auslandsdeutsche, die im Zuge eines Personaltauschs mit brasilianischen Staatsangehörigen in Deutschland repatriiert werden. Sie stammen von den verschiedenen Einwanderungswellen seit Mitte des 19. Jahrhundert ab und sind begeisterte und aktive Nationalsozialisten, die jetzt als privilegierte Gruppe mit Diplomatenstatus durch Spanien und das besetzte Frankreich nach Deutschland geschleust werden. Vier Wochen später, am 5. Juni 1942, sticht die „Serpa Pinto" in Lissabon erneut in See, um 677 jüdische Flüchtlinge, die sich auf abenteuerlichen Wegen in das neutrale Portugal retten konnten, über Casablanca zu ihrem Fluchtziel New York zu bringen.

Aus dem Kontrast dieser beiden Gruppen, die ja unterschiedlicher nicht sein könnten, lebt das Buch. Anhand von Tagebüchern und autobiographischen Aufzeichnungen, Dokumenten, Archivmaterialien und – ein wahrer Glücksfall – Interviews mit zwei Überlebenden, die damals Kinder waren, rekonstruiert die Autorin detailreich, anschaulich und durchaus fesselnd Leben und Schicksal einiger Familien auf beiden Seiten. Erst eine solche Personalisierung macht ja Annäherung und Einfühlung möglich und den verwickelten Kontext der Zeit aus dem individuellen Blickwinkel der Protagonisten auch für den Leser nachvollziehbar. Der Stil ist flüssig, journalistisch und eingängig, er erleichtert den Zugang und das Verständnis für das höchst komplexe historische Geschehen jener Jahre in Brasilien, Belgien, Frankreich und Portugal.

Rosine de Dijn, Das Schicksalsschiff. Rio de Janeiro – Lissabon – New York 1942, München 2009 Deutsche Verlags-Anstalt, 272 Seiten, 46 Abbildungen, 19,95 Euro.

Theo Meier-Ewert

Republikaner vor Neuwahlen

Berlin – Anders als zunächst geplant, soll beim nächsten Bundesparteitag der Republikaner nun doch auch die Neuwahl des Bundesvorstands auf der Tagesordnung stehen. Vor allem Parteichef Rolf Schlierer und seine geschäftsführende Stellvertreterin Ursula Winkelsett hatten sich bislang dagegen gesperrt. Sie hatten eigentlich den propagierten „Neuanfang" der Republikaner nach den neuerlichen Wahlpleiten des Jahres 2009 auf das Programm und das Erscheinungsbild ihrer Partei beschränken und keinesfalls mit Personalfragen verknüpfen wollen. Damit stießen sie aber auf Widerstand bei den verbliebenen Resten der REP-Basis, wie jetzt bei zwei Regionalkonferenzen in Frankfurt am Main und Burghagel (Bayern) deutlich wurde. Der Parteitag soll Ende März 2010 in Nordrhein-Westfalen stattfinden. (ts)

Mord an russischem Nazigegner

Russland (Moskau) – Am 16. November wurde in Moskau der 26-jährige Iwan Chutorskoi vor seiner Wohnung mit zwei Schüssen in den Nacken getötet. Neben der Leiche wurden ein Federmesser und ein Schlagring gefunden. Die Spur der Täter führt in russische Neonazi-Kreise. Chutorskoi war in Moskau als Nazigegner bekannt. In den letzten drei Jahren hatte er drei Angriffe von Neonazis nur knapp überlebt. Der Ermordete hatte in der letzten Zeit als Wachmann bei antifaschistischen Konzerten und Veranstaltungen gearbeitet Zudem organisierte Chutorskoi Kampfsporttrainings für Nazigegner, damit die sich besser gegen rechte Angriffe zur Wehr setzen können. Dadurch geriet Chutorskoi erneut ins Visier der Neonazis. Sein Name war auch auf Todeslisten aufgetaucht, die von russischen Neonazis erstellt worden waren und im Internet zirkulierten. Auch Chutorskois Tod wurde auf braunen russischen Internetseiten gefeiert. In Moskau wurden in den vergangenen drei Jahren sechs Nazigegner von Neonazis ermordet. (pn)

„Offener Rassenkrieg"

Wittmund – Der in Lübeck einsitzende Polizistenmörder Kay Diesner meldet sich vom Knast aus wieder zur Wort. In einem Interview mit dem Neonaziblatt „JVA-Report" (Postfachadresse Wittmund) gibt sich Diesner der Hoffnung hin, dass es in acht Jahren keine „brd" mehr geben werde: „Ich glaube daran, dass bald das große Chaos und der offene RaHoWa (= Racial Holy War) kommen werden. Der ZOG-Kapitalismus (= Zionist Occupied Government) frisst sich zu Tode", behauptet der Neonazi. Im „offenen Rassenkrieg", so Diesner, werde „der größte Teil von den ‚brd'-Konsumzombies zu Grund gehen". Zur Unterstützung für Diesner bietet das Internetportal des „JVA-Reports" auch diverse Solidaritäts-T-Shirts mit dem Aufdruck „Freiheit für Kay Diesner" an. Diesner hatte im Februar 1997 den Berliner Buchhändler und PDS-Mann Klaus Baltruschat zum Krüppel geschossen. Wenig später tötete er in Schleswig-Holstein den Polizisten Stefan G. und verletzte dessen Kollegen Stefan K. schwer. Der Neonazi wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Inhaber der Bankverbindung des „JVA-Reports" bei der Sparkasse Leer/Wittmund ist Stefan Richardt (Jg. 1983), er kandidierte 2008 für die NPD bei der niedersächsischen Landtagswahl. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de